

# „Hinter diesen Zahlen stehen Schicksale“

Ministerin Heike Werner (LINKE) stand Arbeitslosenparlament Rede und Antwort

Erneut hat sich das Thüringer Arbeitslosenparlament auf Einladung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 23. Februar zu einer Tagung im Thüringer Landtag getroffen.

Diese nunmehr schon 36. Zusammenkunft eines auch bundesweit relativ einmaligen Bündnisses verschiedener Arbeitsloseninitiativen war mit besonderer Spannung erwartet worden, den erstmals stand mit der Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner eine LINKE verantwortliche Politikerin

beitslosenquote bei acht Prozent; die Erwerbstätigenquote bei Frauen in Thüringen ist mit 72,4 Prozent bundesweit Spitze), „erkauft über Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung“, betonte es die Ministerin, dass mehr als 32.000 Menschen in Thüringen als langzeitarbeitslos gelten, also länger als ein Jahr schon ohne Arbeit sind. Insgesamt werden 61.000 Menschen im Land aus dem SGB II finanziert. 6.700 Langzeitarbeitslose sind schwerbehindert, 3.900 Migranten. „Hinter all diesen Zahlen stehen Schicksale, herbe Schicksale zum Teil“,

dermöglichkeiten konsequent nutzen und auf Bundes- und Landesebene bestehende Strukturen wirksam vernetzen. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern müssten jetzt rechtzeitig eigene Konzepte entworfen werden.

In der Diskussion sprach u.a. eine Vertreterin der Erfurter Bündnisses für soziale Gerechtigkeit, das seit zehn Jahren an fast jedem Donnerstag auf dem Anger der Landeshauptstadt demonstriert und sich vor allem gegen die unsägliche Hartz-IV-Politik wendet. Diese habe dazu geführt, „dass wir zu



den mehr als 120 aus allen Teilen Thüringens nach Erfurt gekommenen Delegierten Rede und Antwort.

Und groß sind die Erwartungen gerade auch der Langzeitarbeitslosen, endlich eine Perspektive zu bekommen. Die Ministerin verwies auf Zahlen aus dem neuen Thüringen-Monitor, wonach sich besonders viele Vorurteile gegen Langzeitarbeitslose richten. Sie appellierte, „dem müssen wir uns entgegenstemmen“. Es müsse deutlich gemacht werden, wie schwierig die Situation der betroffenen Menschen tatsächlich ist. Trotz der Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt (offizielle Ar-

gab Heike Werner zu bedenken. Daher sei es auch beabsichtigt, dort, wo sich soziale Brennpunkte herausgebildet haben, Beratungsstrukturen zur Verfügung zu stellen.

Die Ministerin verwies auf den rot-grünen Koalitionsvertrag („wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt ein“) mit einer klaren Schwerpunktsetzung für eine spürbar stärkere Arbeitsförderung, von der vor allem auch ältere Langzeitarbeitslose profitieren sollen, mit langfristiger, existenzsichernder Beschäftigung. Dafür will die Landesregierung die EU-För-

einem Niedriglohnland geworden sind“. Sie rief auf, an der Kundgebung zum Internationalen Frauentag am 5. März teilzunehmen. Die Arbeits- und Sozialministerin, die auch auf der zentralen LINKE-Frauentagsveranstaltung im Erfurter Rathaus am 5. März sprechen wird, unterstrich, dass für ihr Ministerium der Mindestlohn „ein Schwerpunkt in diesem Jahr“ sei.

Dass mit Arbeit und Sozialem zwei sehr wichtige Politikfelder nunmehr zusammengeführt wurden, ermögliche es, „ganz anders auf Beschäftigung zu schauen“, als dies bisher der Fall war.

A. Rudolph ■

## VON A BIS Z:

### Interventionsstellen

Trotz haushaltsloser Zeit konnte durch das zuständige Frauenministerium ein Abschlagsbescheid zur Finanzierung der Arbeit des Landesfrauenrates in diesem Jahr übergeben werden, informierte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Weitere Bescheide, wie z. B. für die vier Interventionsstellen in Erfurt, Gera, Meiningen sowie Nordhausen wurden seitens des Ministeriums geprüft sowie Bescheide erstellt, die in diesen Tagen an die Träger übergeben werden. In der Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 18. Februar hatte Ministerin Heike Werner (LINKE) dieses Vorgehen erläutert, das im Interesse der Arbeit mit und für Frauen positiv aufgenommen wurde. Vor allem bei der Förderung der Frauenhäuser, aber auch der Frauenzentren in Thüringen, ist ein vorzeitiger Bewilligungsbescheid möglich, sobald alle Antragsunterlagen vollständig, d.h. mit Kofinanzierung der Kommunen, beim Land vorliegen.

Zudem wies Abgeordnete darauf hin, dass kreisfreie Städte oder Landkreise diese Bescheide auch erstellen können, wenn sie noch keinen verabschiedeten kommunalen Haushalt hätten. „Frauen- und Gleichstellungsarbeit hat für die Fraktion DIE LINKE einen sehr hohen Stellenwert und braucht die Unterstützung von allen Ebenen.“ Es dürfe nicht sein, dass solche Stellen und Einrichtungen „Jahr für Jahr im ‚Haushaltsspingpong‘ um ihre Existenz fürchten müssen“, betonte Karola Stange. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Nach den Februar-Plenarsitzungen (25. bis 27.2.) finden die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags in der Zeit vom 25. bis 27. März, am 29. und 30. April und vom 27. bis 29. Mai statt.

### Verbrauchermesse:

Die Abgeordneten der Linksfraktion informieren auf der Thüringer Verbrauchermesse vom 28. Februar bis 8. März über ihre Arbeit. Zu treffen sind sie am Stand des Thüringer Landtags.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Tourismus

Mit einem gemeinsamen Tourismus-Antrag für die Landtagssitzung Ende Februar orientieren die Koalitionsfraktionen u.a. auf „Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit bei Neuinvestitionen als Fördervoraussetzungen“. Zudem soll die Landesregierung im Rahmen eines Maßnahmenkatalogs für die kommenden Jahre „Familien- und Low-Budget-Tourismus“ in Thüringen stärker herausstellen. Als neues digitales Angebot soll eine Thüringen-Tourismus-App entwickelt werden. Mit dem Auslaufen der Landestourismuskonzeption müssen die Weichen jetzt neu gestellt werden. Daher wurde auch ein umfangreicher Sofortbericht der Landesregierung zur Entwicklung seit 2011 und den Perspektiven beantragt. ■

## Hochschulwatch

Die Bilanz des Internetportals hochschulwatch.de sollte Anstoß sein, offensiv über eine transparentere Offenlegung von Forschungsförderung durch Dritte an den Thüringer Hochschulen zu diskutieren, sagte Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Notwendig seien auch verbindliche Regelungen für Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen. Das Land veröffentlicht Zweijahresberichte über Sponsoring-Leistungen, auch zu Geldleistungen an die Hochschulen. „Wirkliche Transparenz bedeutet, ersichtlich zu machen, für welche Forschungsprojekte und Maßnahmen Gelder aus der Privatwirtschaft fließen.“ ■

## Zalando

Nachdem jetzt bekannt wurde, dass der Online-Versandhändler „Zalando“ am Standort Erfurt nicht wie angegeben acht Prozent Leiharbeiter, sondern im Schnitt beinahe doppelt so viele beschäftigt, kritisierte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, dass ein florierendes Unternehmen die Verantwortung für seine Mitarbeiter auf Subunternehmen abwälzt. Der Bund stehe in der Pflicht, dieser Art der modernen Sklaverei einen Riegel vorzuschieben. Rainer Kräuter bot an, sich gemeinsam mit den Beschäftigten für deren Übernahme in den Betrieb stark zu machen und die Möglichkeit des Engagements in den Gremien der Arbeitnehmervertretung wahrzunehmen. ■